

Geldwäsche in Europa und insbesondere in Deutschland - ein Überblick

Geldwäsche ist international und gerade auch in Deutschland ein seit Jahrzehnten bestehendes Problem. Der Internationale Währungsfonds schätzt das jährliche Geldwäschevolumen weltweit auf vier Billionen Dollar. Nur ein Prozent dieses Betrages können Behörden sicherstellen. Die illegalen Geldströme sind eine ernsthafte Bedrohung für die globale Sicherheit, stellte die Münchener Sicherheitskonferenz 2019 fest. In Deutschland taxiert man das Schwarzgeld auf jährlich 100 Milliarden Euro, rund 20 Milliarden davon fließen laut Schätzung in den Immobilienmarkt. Die Nachfrage der Kriminellen erhöht die Häuserpreise noch mehr. Dadurch können sich Normal- und Geringverdiener in deutschen Städten keine Wohnungen mehr leisten.

Das Schwarzgeld der internationalen Banden fließt auch in den Kauf von Firmen, Schmuck, Kunst, Diamanten und in die Finanzierung von Parteien. Das viele Geld aus dunklen Quellen unterwandert die Gesellschaft und macht Teile davon willfährig, den Interessen der kriminellen Banden zu dienen. Man nennt diesen Vorgang „Korruption“. Die gibt es auch in Deutschland, anekdotisch sei der Fall eines Richters aus Baden-Württemberg erwähnt, gegen den die Staatsanwaltschaft Karlsruhe wegen Bestechung Anklage erhoben hat. In Frankfurt hat ein Oberstaatsanwalt Bestechlichkeit eingeräumt. Der italienische Mafijäger Roberto Scarpinato warnt, viele öffentliche Ausschreibungen im deutschen Bausektor würden von der Mafia kontrolliert.

Verborgene Geldflüsse nähern den Terrorismus. Das EU-Parlament schrieb 2017 in seinem Bericht zu den Panama Papers, dass die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) einige Banken kontrolliere, mit eigenem Zugang zum Zahlungsnetzwerk Swift. So konnten die Terroristen bis zu ihrer Niederlage illegale Waffengeschäfte abwickeln. Bei diesen Geschäften sind unangenehme Verstrickung denkbar: Ein IS-Terrorist Geld bei einer deutschen Bank abhob, den Betrag in die Digitalwährung Bitcoin tauschte, um im Darknet damit Waffen deutscher Hersteller zu kaufen, die in Afghanistan mutmaßlich gegen deutsche Soldaten eingesetzt wurden. Geldwäsche kostet die Gesellschaft nicht nur Geld, sie kostet Leben und destabilisierte die Demokratie.

In Großbritannien haben russische Oligarchen, die ihr Vermögen mutmaßlich illegal erlangt haben, inzwischen enge Kontakte zur Politik, warnen die britischen Sicherheitsbehörden. Der Nachweis der Geldwäsche sei schwer, denn die Oligarchen hätten ihr Vermögen inzwischen untereinander so oft legal hin- und her verkauft, so dass man nur noch kleine Sporen ihrer dunklen Vergangenheit sehen könne.

Transnationale Umweltkriminalität wie Wildtierschmuggel, illegale Rodungen und das Deponieren gefährlicher Abfälle kosten die Weltwirtschaft jährlich bis zu 260 Milliarden Dollar, so eine Studie in der wissenschaftlichen Fachzeitschrift Nature Sustainability. Doch wie wird diese Umweltkriminalität bezahlt? Durch anonyme Geldflüsse, die auch über europäische Kreditinstitute laufen.

Die Geldwäschekontrollen im internationalen Finanzsektor sind unzureichend: über die estnische Filiale der Danske Bank sind in den Jahren 2007 bis 2015 von osteuropäischen Kriminellen mutmaßlich 200 Milliarden Euro gewaschen worden. Auch Deutsche Bank, ING und Goldman Sachs waren in große Geldwäschefälle verwickelt. Die lettische Bank ABLV soll Kunden sogar geholfen haben, Sanktionen gegen Nordkorea zu umgehen. Auch Finanzinstitute in Zypern und Malta waren immer wieder in illegale Geldtransfers involviert. Die Beispiele unterstreichen, wie nachlässig die Aufsichtsbehörden in Europa waren.

Die Europäische Union regelt die Geldwäschebekämpfung seit 1991 mit der inzwischen fünften Richtlinie, bei der die Mitgliedstaaten, anders als bei einer EU-Verordnung, Spielraum bei der

Umsetzung haben. Die EU-Kommission ist als Hüterin der Verträge die oberste Kontrollbehörde. Sie hat viel 27 Jahren, denn die Moral der Mitgliedstaaten war oft schlecht. Es gab immer wieder Vertragsverletzungsverfahren wegen mangelhafter oder verspäteter Umsetzung der Regeln, auch gegen Deutschland.

Die Bundesregierung musste 2012 sogar einräumen, dass sie bis dahin noch nicht einmal die erste Richtlinie von 1991 vollständig umgesetzt hatte. Im deutschen Nicht-Finanzsektor können Kriminelle bis heute problemlos Geld waschen. Für die Kontrolle der Immobilienmärkte, von Casinos, Juwelieren, und Autohändlern sind Behörden der Bundesländer zuständig. Sie müssten sicherstellen, dass diese Güterhändler verdächtige Geschäfte melden, etwa wenn ein Kunde einen großen Betrag in bar bezahlt. Das geschieht viel zu selten und die Kontrollbehörden sind meist unterbesetzt.

Die 1989 gegründete Financial Action Task Force (FATF) ist das oberste internationale Anti-Geldwäsche-Gremium. Es hat einen Maßnahmenkatalog beschlossen für den Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung. Die FATF prüft alle paar Jahre, wie gut die Unterzeichnerstaaten die Vorgaben umsetzen.

Für die Geldwäschebekämpfung ist die Financial Intelligence Unit (FIU) zuständig. Die Behörde ist seit 2017 beim Zoll angesiedelt. Doch auch diese Behörde ist zum Teil fachlich überfordert. Zudem fehlen ihr wichtige Zugriffsrechte auf Polizeidaten, um die Relevanz der Verdachtsmeldungen seitens der Banken einschätzen zu können. Auf Grund diese Fiaskos leitet die Staatsanwaltschaft Osnabrück bei der FIU sogar Ermittlungen wegen Strafvereitelung im Amt ein.

Noch immer grassiert in den Industriestaaten eine wohlfeile Sicht auf die Finanzkriminalität, nach dem Motto: wir sind die Guten, böse sind die anderen. Das brachte der damaligen britische Premierminister David Cameron auf dem Londoner Anti-Korruptions-Gipfel 2016 offen zum Ausdruck. In seiner Rede bezeichnete er einige Entwicklungsländer als „fantastically corrupt“. Auf die Frage, ob er eine Entschuldigung fordere, antwortete der nigerianische Präsident Muhammadu Buhari: „Nein, keine Entschuldigung. Ich fordere die Rückgabe von Vermögen.“

Korrupte Politiker, Unternehmer und andere Kriminelle hatten vor Buharis Amtszeit zwischen 2003 und 2012 rund 157 Milliarden Dollar aus Nigeria ins Ausland verschafft, darunter auch Entwicklungshilfegelder. Die Plünderung der nigerianischen Bevölkerung war nur möglich mit Hilfe von Spezialisten in angelsächsischen Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften.

Der Westen hilft korrupten Politikern, ihre eigenen Länder auszurauben. Die „Enabler“, die juristische versierten Möglichmacher in den Kanzleien leiten die Vermögen über Firmen mit unklarer Eigentümerschaft in das Finanzsystem europäischer und amerikanischer Großbanken auf Offshore-Konten, die ihren Sitz in britischen und amerikanischen Domizilen haben.

„Es ist so, als hätten die Reichsten aus Ländern wie China, Nigeria, der Ukraine oder Russland einen Tunnel in dieses neue Land gegraben, das unter allen Ländern liegt und dem es keine Grenze mehr gibt“, schreibt der britische Journalist Oliver Bullough in seinem Buch „Moneyland“. Die Regeln und Einschränkungen, die den Rest der Menschheit betreffen, haben für sie keine Gültigkeit.

Wie wenig Fantasie Deutschland und die Europäische Union beim Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung gezeigt haben, belegt ein Bericht des Bundeskriminalamts aus dem Jahr 1986: Die Experten forderten damals die Einführung einer „Beweislastumkehr“. Die Justiz sollte verdächtige Sach- oder Geldvermögen einfrieren und am Ende konfiszieren dürfen, es sei denn, der wahre Eigentümer trete vor, belege die legale Herkunft des Geldes und dessen Besteuerung. Diesen Faden müsste Deutschland endlich aufnehmen. Seit 2017 ist die Beschlagnahme krimineller Vermögen gesetzlich erleichtert, doch die Behörden fremdeln mit der Vorschrift. Die Beschlagnahme von 77

Immobilien Berliner Clans ist bislang der prominenteste Fall geblieben. Der Gesetzgeber müsste mit deutlicheren Vorschriften zur Beweislastumkehr mehr Mut aufbringen, um die organisierte Kriminalität und deren wachsenden politischen Einfluss durch Korruption erfolgreich zu bekämpfen.

Politiker zeigen wenig Elan, das Geld der Kriminellen abzuschöpfen, um Unterwanderung zu stoppen und die Demokratie zu schützen. Sie halten es sogar für völlig in Ordnung, dass Immobilien in Deutschland mit einem Koffer voller Bargeld bezahlt werden dürfen. Man muss wissen: für die Besteuerung ist es in Deutschland unerheblich, ob Geld illegal erwirtschaftet wurde. Der deutsche Staat kassiert also bewusst mit bei der Geldwäsche.